

Die Bürger müssen die Vormundschaft des Staates überwinden

sagt Kurt Biedenkopf

Die Debatte über den auswuchernden Sozialstaat scheint notwendig gewesen sein, sonst hätten sich nicht so viele zustimmende oder auch vernichtende Stimmen zu diesem Thema geäußert. Unsicherheit besteht nur noch darüber, wie man diese wichtige Debatte führt. Als Vizekanzler darf Guido Westerwelle die Interessen seiner Partei nicht über die des Landes stellen, meint Kurt Biedenkopf. Der Ton macht also die Musik!

Aber zur Sache. Es geht um eine vernünftige Diskussion über die Zukunft des Sozialstaates. Tatsache ist, dass es eine Langzeitarbeitslosigkeit in allen hochindustrialisierten Ländern gibt. Deutschland hat nicht allein auf eine Steigerung der Produktivität gesetzt, die die Lohnstückkosten senken sollte. Das hat sie getan, aber mit dem Preis des Bedarfs an gut ausgebildeten Arbeitskräften mit einer angesehenen gesellschaftlichen Stellung. Abschlüsse der Hauptschule reichen sichtlich dafür nicht mehr aus. Selbst Realschüler mit dem Abschluss der 10.Klasse werden den Anforderungen nicht mehr gerecht. Das ist nicht Schuld der Lehrpläne und auch nicht der Lehrer, sondern es ist die mangelhafte Motivation zum Lernen. Jeder Betriebsleiter kann ein Lied davon singen. Die tieferen Ursachen sollten weiteren Diskussionen vorbehalten werden. Diese jungen Menschen sind deshalb auf einfachere Arbeit angewiesen, für die aber niedrigere Löhne gezahlt werden, die nicht ausreichend höher sind als Hartz IV. Einfache Arbeit sollte aber genauso anerkannt werden die Forschungsarbeit oder die Führung eines Unternehmens; denn beide brauchen einander. Geringqualifizierte dürfen nicht ausgegrenzt werden, sonst landen sie in der Schattenwirtschaft und sind keine Steuerzahler mehr.

Die immer wieder von der SPD angestoßene Debatte über die Mindestlöhne kann Arbeitsplätze vernichten. Wenn z.B. im Dienstleistungssektor der Preis für die Leistung erhöht wird, bleibt der Kunde weg und greift auf die Schattenökonomie zurück. Hier greift also der Markt, der auch wir sind. An der florierenden Schwarzarbeit in Deutschland sehen wir, dass der Bedarf an zahlbaren Dienstleistungen aber groß ist.

Biedenkopf hat auch kein Patenrezept, aber er hält dezentrale Lösungen für vernünftig. Er ist ein Befürworter einer dezentralen Verantwortung der Kommunen für die Beschäftigung von Langzeitarbeitslosen; denn vor Ort kennt man die Betroffenen. In den Gemeinden kann man die soziale Kontrolle besser ausüben und Bürger gewinnen, sich durch ehrenamtliche Arbeit zu beteiligen. Dieses Amt ist im letzten Jahr auch finanziell aufgewertet worden. Wie ich mich erinnere, kostet diese Aufwertung insgesamt mehr als 340 Millionen EURO pro Jahr, die aus dem Steuertopf genommen werden. Was wir brauchen, ist eine funktionierende Zivilgesellschaft. Der

Staat kann die Zivilgesellschaft nicht ersetzen, auch nicht durch Geldzuwendungen. Die Bundesagentur für Arbeit sollte nur noch professionelle Unterstützung anbieten.

Eine Kernforderung von Biedenkopf ist die Begrenzung der Macht des Sozialstaates zugunsten dezentraler Strukturen und eines stärkeren Engagements der Zivilgesellschaft. Die zentralistische Organisation unserer Sozialstaatssysteme ist die eigentliche Ursache der Sozialstaatskrise. Alle werden bevormundet und haben sich sichtlich an diesen Zustand gewöhnt. Der Staat kümmert sich um die Bedürfnisse der „kleinen Leute“. Die Beitragszahler werden genauso bevormundet. Daraus hat sich eine Leistungsempfängermentalität entwickelt. Die DDR lässt grüßen! Mit den Sozialversicherungen und den Sozialverbänden haben sich geradezu Kartelle des Besitzstandes entwickelt, die verbissen ihre Macht verteidigen, die Macht des Vormunds. In allen Medien sind sie präsent, führen das Wort und diktieren damit die öffentliche Meinung.

Bewältigen kann man die Krise nur, wenn man begreift, dass die Politik und somit wir alle Teil des Sozialstaatskartells sind. Wenn wir das nicht verändern, so Biedenkopf, werden wir unseren Sozialstaat zerstören, weil er in naher Zukunft nicht mehr finanzierbar ist. Wir müssen zurück zu kleineren Verantwortungsbereichen und einer personalen Solidarität. Wir wissen aber auch, dass sofort ein Sturm der Entrüstung einsetzt und der „Sozialabbau“ wieder die neue (alte) Schlagzeile ist. Der Verursacher ist auch sofort gefunden. Es ist nicht unwahrscheinlich, dass die nächste Generation – sie sitzt bereit im Bundestag und in den Landtagen – nicht mehr bereit ist, den ausufernden und damit ungerechten Sozialstaat mit ihren Steuern und Beiträgen zu stützen.

Die Basis für eine Diskussion zu diesem Thema sind weniger die Plenardebatten im Bundestag, sondern Diskussionen in den unteren Parteiebenen. Fast jeder stöhnt über Ungerechtigkeit, aber alle halten sie den Mund. Hatten wir das nicht schon einmal? Die Mitgliederversammlungen müssen endlich wieder interessant und voller Leben sein. **Bürger auf die Barrikaden!** heißt es in dem berühmten Ausspruch des Historikers Arnulf Bähring.

Dr. Else Ackermann

Neuenhagen, den 6.3. 2010